

Das Wochenmagazin der SPÖ ·

SPÖ

Aktuelle

18. Februar 2011 · Nr. 6 · 0,73 Euro

„Österreich 2020“:
Gastkommentar von Bernhard
Jungwirth zu Medienkompetenz



**Nordafrika: Chance auf
mehr Demokratie** Seite 6



**Wehrpflicht: Profi-Heer
ist die Zukunft** Seite 7

Reform der Krankenkassen greift

In den vergangenen Jahren mussten sich Regierung und Sozialversicherung ständig den Kopf darüber zerbrechen, wie sie Geld für defizitäre Krankenkassen aufbringen. Ein finanzieller Supergau drohte, vom Zusammenbrechen des Gesundheitssystems in Österreich war die Rede. Zu befürchten war, dass Gesundheit zu einem Luxusgut für diejenigen wird, die sich's leisten können. Kein Wunder, dass daher die Sanierung der Krankenkassen und die Sicherung des hervorragenden österreichischen Gesundheitssystems ganz oben auf der Agenda des letzten Nationalratswahlkampfs standen. Die Maßnahmen, die von der Regierung Faymann und von Gesundheitsminister Alois Stöger getroffen wurden, um Österreichs Kassen gesunden zu lassen, dürften anschlagen: Nach der Bilanz 2010 haben sich die Gesamtschulden der Kassen halbiert. Für Bundeskanzler Werner Faymann ist das Thema damit allerdings noch nicht erledigt. Auch wenn die erwirtschafteten Überschüsse zeigen, dass man auf dem richtigen Weg ist, müssen noch mehr als 600 Millionen Euro Defizit abgebaut werden – ohne die Leistungen für die Patienten zu verschlechtern.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Krankenkassen	4
Interview mit Gesundheitsminister Alois Stöger	5
Arabischer Raum	6
Kreisky-Serie: Das Primat der Vollbeschäftigung	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Bernhard Jungwirth zu Medienkompetenz	14

THEMEN DER WOCHE

Ausbau von Krippenplätzen

0- bis 2-Jährige

■ 2007/2008 ■ 2009/2010

Ganztägig



VIF-konform



Quelle: Statistik Austria | Grafik: SPÖ

8.600 neue Krippenplätze

Die Zahl der Krippenplätze für 0- bis 2-Jährige konnte dank Bundesförderung massiv ausgebaut werden (+ 8.603 Plätze). Zwischen 2007/08 und 2009/10 wurden 5.347 zusätzliche Ganztagsplätze und 3.256 sogenannte VIF-Plätze (besonders auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern abgestimmte Plätze) geschaffen.

Zimmer



Auf Druck des EU-Parlaments hat Ungarn Änderungen des umstrittenen Mediengesetzes zugestimmt.

Ungarn: Mediengesetz entschärfen

Als „ersten Schritt in die richtige Richtung“ wertet Jörg Leichtfried, Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten, die von Ungarn angekündigte Entschärfung des Mediengesetzes. Für Leichtfried und auch für SPÖ-EU-Abgeordneten Hannes Swoboda ist allerdings klar, dass weitere Verbesserungen folgen müssen.



Begsteiger

Besonders im Dienstleistungsbereich gibt es deutlich mehr offene Stellen als im Vorjahr.

Zahl der offenen Stellen stark gestiegen

Die Zahl der offenen Stellen hat sich im vierten Quartal 2010 zum Vergleichszeitraum des Vorjahres um 64 Prozent erhöht. Das geht aus jüngst veröffentlichten Daten der Statistik Austria hervor. „Dieser starke Anstieg ist erfreulich und zeigt, dass die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt nach der Krise rasch erholen können“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits. Auch die EU hat bestätigt, dass Österreich zu jenen Ländern gehört, die die Krise am besten gemeistert haben.

Zitat der Woche

„Bei der Arbeitslosigkeit, beim Wirtschaftswachstum, bei Gesundheitsstandards sind wir immer bei den Besten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

ÖIAG soll Steuerungsinstrument werden

Nach Vorstellung der SPÖ soll die ÖIAG künftig keine Privatisierungsagentur, sondern ein wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument sein.

Die Integration der ÖBB und des Verbunds in die ÖIAG ist für die SPÖ kein Thema. „Es soll der ambitionierten neuen Führung Gelegenheit gegeben werden, ihre Sanierungsbestrebungen umzusetzen. Wenn da zusätzlich neue Strukturen über die Bahn drübergestülpt werden, bringt das nichts“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Vielmehr sei es sinnvoll, vor der Integration neuer Unternehmen die grundsätzliche Richtung der Verstaatlichten-Holding zu klären. Kräuter spricht sich

dafür aus, dies in einer „kultivierten Debatte“ mit dem Koalitionspartner zu klären. Dabei steht aber fest: „Es gibt nichts mehr zu verkaufen, daher sind wir für einen Privatisierungsstopp.“ Auch für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist klar, dass die ÖIAG ein neues Zukunftskonzept braucht: „So wie bisher nur fantasielos Beteiligungen zu verwalten, macht keinen Sinn.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter:
„Eine Zustimmung zu einer Privatisierungswelle wird es nicht geben.“



Zimmer



Im Interesse der Kinder

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg erfordert Änderungen im Familienrecht. Es geht um die Frage der gemeinsamen Obsorge nach einer Scheidung. Klar ist, dass dabei das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen muss.



In vielen Fällen schaffen es geschiedene Eltern, im Interesse ihrer Kinder zu einer vernünftigen gemeinsamen Obsorgeregelung zu kommen.

Es geht nicht um das Image fürsorglicher moderner Väter oder Mütter, sondern um das Wohl des Kindes. Wenn es keinen Streit gibt, ist alles gut. Wenn es jedoch Streit gibt, ist eine Scheidung meistens kompliziert und gerade für Kinder sehr belastend.

Seit über einem Jahr wird in Österreich intensiv über Änderungen der Obsorge-Regelungen diskutiert. Wegen eines kürzlich ergangenen Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ist Österreich verpflichtet, die Rechtslage zu ändern. Dieses Urteil hilft, in der Frage der gemeinsamen Obsorge rasch einen großen Schritt voranzukommen.

Die Ziele der SPÖ sind dabei ganz klar:

- » Kinder müssen in der schwierigen Trennungsphase geschützt werden. Es muss in ihrem Sinne entschieden werden können.
- » Jeder einzelne Fall muss geprüft werden. Die Gerichte haben zu prüfen, ob die alleinige oder die gemeinsame Obsorge das Beste ist. Auch das EGMR-Urteil macht klar, dass bei einem Sorgerechtsstreit zwischen Eltern das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen muss. Das Urteil verlangt weiters, dass auch nur ein Elternteil die gemeinsame Obsorge beantragen kann.

„Kinder müssen in der schwierigen Trennungsphase geschützt werden. Es muss in ihrem Sinne entschieden werden können.“

- » Beide Seiten müssen gehört, das Kind miteinbezogen werden. Einen in der Justiz leider üblich gewordenen Reflex dürfen wir dabei nicht gelten lassen: Die „Überlastung der Gerichte“ darf keine Ausrede sein. Es muss klare Kriterien geben, die der nicht obsorgeberechtigten Elternteil zu erfüllen hat, um die gemeinsame Obsorge zu erhalten. Frauenministerin Heinisch-Hosek schlägt hier beispielsweise vor, dass dabei die Pflege und Erziehung des Kindes und eine aktive Beziehung zu diesem berücksichtigt werden. Wenn die Richter entsprechend entscheiden, soll die gemeinsame Obsorge beantragt werden können.
- » Was es nicht geben soll, ist ein Automatismus oder eine Verpflichtung zur gemeinsamen Obsorge. In vielen Fällen schaffen es geschiedene Eltern, im Interesse ihrer gemeinsamen Kinder zu einer vernünftigen gemeinsamen Obsorgeregelung zu kommen.

Wo dieser Weg nicht gelingt, also wie die Praxis zeigt in jedem zweiten Fall, ist so eine Zwangsbeglückung für alle Beteiligten der falsche Ansatz. In so einem Fall leiden die Kinder am meisten. In den Verhandlungen mit der ÖVP wird es nun insbesondere darum gehen, eine Lösung im Interesse der Kinder zu finden. Einen anderen Weg können wir nicht akzeptieren. ♦

GESUNDHEIT

Die „kranken“ Kassen auf

Die Sanierung der Krankenkassen ist ein voller Erfolg: Alle Krankenkassen haben ihr vereinbartes Einsparungsziel im Jahr 2010 nicht nur erreicht, sondern deutlich übererfüllt. Und: Die längst überfällige Reform des Spitalswesens ist auf Schiene.



Zinner

Die Krankenversicherungen bieten gute Leistungen für die Patienten an – und die Maßnahmen von Gesundheitsminister Alois Stöger sichern und verbessern das österreichische Gesundheitssystem.

Alle österreichischen Krankenkassen haben im Jahr 2010 in Summe einen Überschuss von 279,7 Millionen Euro erwirtschaftet (siehe Grafik). Erstmals seit vielen Jahren haben alle neun Gebietskrankenkassen ein Plus erreicht – insgesamt 197,7 Millionen Euro. Die Wiener Gebietskrankenkasse bilanziert z.B. mit 59,8 Millionen Euro Gewinn, die Oberösterreichische mit 24,3 Millionen Euro und jene in Salzburg mit 10,2 Millionen. Anfang 2010 wurde aufgrund der Wirtschaftslage noch ein Defizit von 45 Millionen Euro prognostiziert.

Diese guten Ergebnisse zeigen klar, dass es eine Trendwende in der Gesundheitspolitik gegeben hat und die von der Regierung Faymann gesetzten Maßnahmen effizient und zielführend sind.

„Mein Ziel war es, die Finanzierung der Gebietskrankenkassen zu sichern. Das ist gelungen.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

fizient und zielführend sind. Bundeskanzler Werner Faymann zeigt sich aufgrund der großartigen Bilanz der Kassen optimistisch: „Den Schuldenstand zu halbieren und Überschüsse zu erwirtschaften, zeigt, dass die Krankenkassen auf dem richtigen Weg sind.“ Es sei „sehr erfreulich, dass die Krankenkassen ihren Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro auf die Hälfte reduzieren konnten“. Konkret handelt es sich um einen verbliebenen Schuldenstand von 620 Millionen Euro.

Der Weg zur Besserung der „kranken“ Kassen war flankiert von verschiedenen Maßnahmen: So gab es die einmalige Finanzspritze von 45 Millionen Euro als Hilfe. Vor allem werden den Kassen aber Instrumente in die Hand gegeben, um effizienter wirtschaften zu können. Diesbezüglich ist vor allem der Kassenstrukturfonds hervorzuheben.

Kassenstrukturfonds: langfristige Sicherung der Kassen

Der Kassenstrukturfonds dient der zielorientierten Steuerung der Gebietskrankenkassen und wird jährlich vom Bund dotiert – im Jahr 2010 mit 100 Millionen Euro. Die Kassen und der Hauptverband haben

dem Weg der Besserung

bestimmte Finanzziele vereinbart, bei deren Erreichen Mittel aus dem Fonds ausgeschüttet werden. 2010 mussten die Kassen 214 Millionen an Kostendämpfungen schaffen, um die Mittel aus dem Strukturfonds zu erhalten. Dieses Ziel haben sie mit rund 280 Millionen deutlich übererfüllt. Der Kassenstrukturfonds soll die Gebarung der Kassen langfristig sichern.

Für die Jahre 2011 bis 2014 wurde bei den Budgetverhandlungen eine jährliche Dotierung von jeweils 40 Millionen Euro erreicht. Eine weitere Hilfe ist die Teilschuldung, die von 2010 bis 2012 mit jeweils 150 Millionen Euro dotiert ist. Auch sie schlägt sich in den Schlussbilanzen der Gebietskrankenkassen nieder.

Der Schuldenstand der Kassen verbessert sich zusehends: Von 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2008 sind sie auf 620 Millionen (per 31.1.2011) gesunken. Zusammengefasst heißt das, dass die einzelnen Maßnahmen zur nachhaltigen finanziellen Absicherung der Krankenkassen – sprich, zur Sicherstellung des Betriebs und zum Schuldenabbau – greifen, und das bei Erhalt der Leistungen für die Patientinnen und Patienten und ohne zusätzliche Selbstbehalte. Jetzt wird weiter daran gearbeitet, die verbliebenen Schulden abzubauen.

Spitalsreform auf Schiene

Ein anderer großer Erfolg ist die geplante Spitalsreform, für die der Fahrplan bereits steht. Vertreter der Landesregierungen, der Sozialversicherung sowie des Gesundheits- und Finanzministeriums haben sich geeinigt. Eine ständige Arbeitsgruppe wird sich laufend mit den Fragen der Planung, Steuerung und Finanzierung im Gesund-

INTERVIEW

„Kassensanierungspaket erfolgreich“

Gesundheitsminister Alois Stöger spricht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die sensationelle Performance der österreichischen Krankenkassen und den Fahrplan für die Spitalsreform.

„SPÖ Aktuell“: Wie kommt es, dass die Krankenkassen, die Anfang 2010 noch von einem Defizit ausgegangen sind, das Jahr nun doch mit einem Plus von fast 300 Millionen Euro abgeschlossen haben?

Alois Stöger: Das ist in erster Linie das Ergebnis des Kassensanierungspakets, das ich geschnürt habe, um die Finanzierung der Kassen zu sichern. Das Resultat der darin enthaltenen Maßnahmen, Stichwort Kassenstrukturfonds, zeigt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Am wichtigsten war mir dabei, dass die Leistungen für die Patienten erhalten bleiben – und zwar ohne zusätzliche Selbstbehalte. Vereinfacht gesagt, ist dieser Erfolg das Ergebnis guter Politik.

Wie ist der aktuelle Stand bei der Spitalsreform?

Stöger: Die Sanierung der Kassen ist bereits auf einem guten Weg – jetzt nehme ich mir die Spitalsreform vor. Ein Fahrplan dafür steht bereits fest, auch die Länder und der Hauptverband sind mit an Bord. Als erstes widmen wir uns den Finanzen.



Gesundheitsminister Alois Stöger im Gespräch: „Bilanzgewinne der Kassen sind Ergebnis guter Politik.“

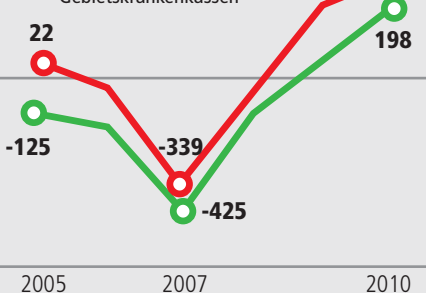
Aus welchem Grund haben Sie kürzlich die Verwendung von Bisphenol A in Babyflaschen verboten?

Stöger: Dieser Chemikalie werden hormonähnliche Wirkungen nachgesagt und ich möchte, dass Gegenstände, die unseren Kindern so nahe kommen, kein Gesundheitsrisiko darstellen. Das ist eine reine Vorsichtsmaßnahme. Auch in Babyschnullern wird die Substanz bald verboten sein. ♦

Krankenkassen im Plus

Bilanzsaldo in Mio. Euro

— Alle Krankenkassen
— Gebietskrankenkassen



heitswesen auseinandersetzen und der Bundesgesundheitskommission über ihre Fortschritte berichten. Ergänzend dazu gibt es voraussichtlich drei Gesundheitskonferenzen zu den Themen Gesundheitsziele, Qualität sowie Prävention und Gesundheitsförderung. Eine politische Steuerungsgruppe unter Vorsitz Stögers wird den Reformprozess leiten. „Die inhaltliche Arbeit beginnt sofort mit einer Analyse der Finanzierung“, so der Gesundheitsminister. Die Ergebnisse stellen die Basis für den bundesweiten Kostenentwicklungspfad für den ab 2014 beginnenden Finanzausgleich dar. Besonders wichtig ist Stöger „ein Dialog auf Augenhöhe, auch wenn die inhaltlichen Positionen jetzt noch unterschiedlich

sind.“ Man müsse „bis zum nächsten Finanzausgleich handeln, um die Kostensteigerung einzufangen und die Spitäler aus Schließungsdiskussionen herauszuhalten“, betont der Gesundheitsminister.

Ziel aller gesundheitspolitischen Bestrebungen ist es, eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Patienten zu gewährleisten. „Die größte Herausforderung an die Politik ist, auch in Zukunft die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems, das eines der besten weltweit ist, zu garantieren und das ohne Leistungseinschränkungen“, bekräftigte der Minister vor kurzem auch beim „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Gesundheit des Renner Instituts Steiermark. ♦

ÄGYPTEN

Demokratie bekommt Flügel

Am 11. Februar ist das Regime Mubarak nach 30 Jahren zu Ende gegangen. Bundeskanzler Werner Faymann betont, dass es jetzt wichtig ist, die Entwicklung der Demokratie und soziale Verbesserungen voranzutreiben.



Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes herrschte Jubel bei der ägyptischen Bevölkerung.

„Österreich ist bereit, Ägypten und seine Bevölkerung in dieser historischen Zeit des Neubeginns zu unterstützen – gemeinsam mit den Partnern in der EU.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Nach wochenlangen Protesten der Bevölkerung ist der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak zurückgetreten. Das umstrittene Regime Mubarak ist somit nach 30 Jahren beendet, das Land steht vor einer historischen Zäsur. Bundeskanzler Werner Faymann erklärt zum Rücktritt Mubaraks, es sei erfreulich, dass „auf die Bevölkerung gehört wurde und ein Beitrag zur Entschärfung der Situation im Land sowie zur Demokratisierung“ geleistet wurde. Die Führung Ägyptens wurde in die Hände der Armee unter dem bisherigen Verteidigungsminister Mohammed Hussein Tantawi gelegt. Noch im Sommer, aber spätestens zum ur-

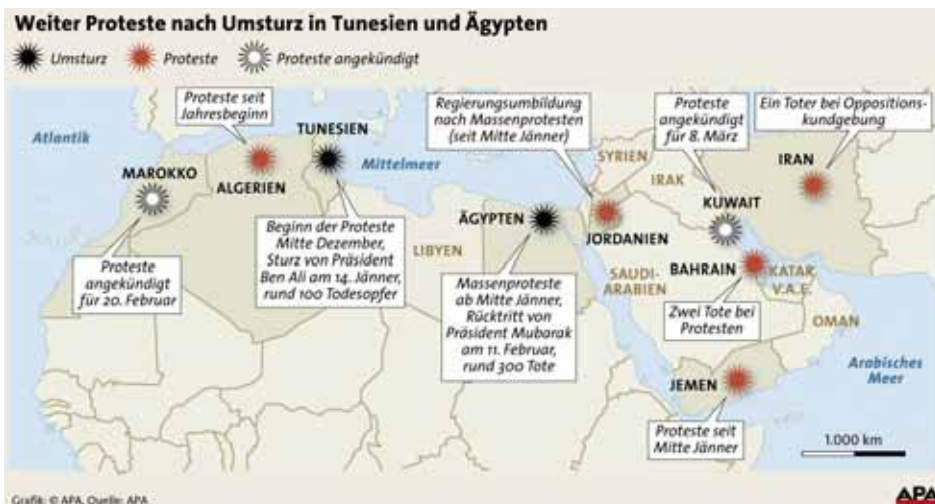
sprünglichen Termin im September, wird gewählt. „Ägypten spielt eine zentrale Rolle in der Region, deswegen sollte nun die demokratische Entwicklung ebenso wie die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit im Land vorangetrieben werden“, so Faymann.

Weitere Demonstrationen für politische Rechte

Nach der Revolution in Tunesien und dem Sturz des Mubarak-Regimes in Ägypten scheint das Aufbegehren gegen Diktatur und Unterdrückung auf weitere Länder des arabischen Raums überzugreifen. Auch in Algerien, Marokko, Jordanien, Bahrain, Kuwait, dem Jemen und Iran mehrten sich die Proteste der Bevölkerung bzw. sind bereits Proteste angekündigt. Nach Einschätzung von Experten könnte sich die Demokratie-Bewegung auch auf Syrien ausweiten, wo seit fast 50 Jahren die panarabische sozialistische Baath-Partei an der Macht ist.

EU fordert beträchtliche demokratische Reformen

Die EU-Staats- und Regierungschefs forderten bereits bei einem Sondertreffen beträchtliche demokratische Reformen mit fairen, freien Wahlen in Ägypten und Tunesien. SPÖ-Klubobmann Josef Cap sieht in den Entwicklungen in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten im Mittelmeerraum eine Herausforderung für die EU: „Die EU muss hier als wirklicher Partner agieren und einen wesentlichen Beitrag zu Demokratisierung leisten.“



Nach Tunesien, Jordanien und Ägypten breitet sich der Kampf der Bevölkerung für Recht und Demokratie auf weitere Länder des arabischen Raumes aus.

LANDESVERTEIDIGUNG

Schluss mit der Wehrpflicht – Chancen für die Jugend

Die Umstellung auf ein Profi-Heer bringt das Ende des Zwangsdienstes für 24.000 junge Männer pro Jahr. Das macht auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive Sinn.



Autor

„Das Festhalten an der Wehrpflicht widerspricht den Interessen der jungen Menschen in diesem Land.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

können sie eine eigene Existenz aufbauen.“

Für die Volkswirtschaft

Dass ein Ende der Wehrpflicht auch aus volkswirtschaftlicher Sicht Sinn macht bestätigt die Arbeitsmarkt-Expertin der Donau-Uni Krems, Gudrun Biffl. Zwar fallen für die Organisationen, die Zivildienstler einsetzen, geringere Kosten an, der gesamten Gesellschaft entgehen aber Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, weil Soldaten und Zivildienstler diese Zeit nicht für Ausbildung oder Beruf nutzen können. „Insgesamt, wirtschaftlich gesehen, ist es sicherlich ein effizienterer Einsatz der jungen Männer, wenn sie direkt ins Erwerbsleben gehen und dort einen Beitrag über Sozialversicherungsabgaben und auch einen Finanzierungsbeitrag für das Gesundheitssystem leisten“, so Biffl in einem Interview mit dem Ö1-„Mittagsjournal“.

Ein Aus für die Wehrpflicht bringt sechs Monate gewonnene Lebenszeit, die für Ausbildung und Berufseinstieg genutzt werden können.

Eine Bevölkerungsgruppe verfolgt die Diskussion rund um eine grundlegende Reform des Bundesheeres besonders gespannt: Österreichs junge Männer. Und besonders diejenigen, die ihren Präsenzdienst noch vor sich haben. Eine eindeutige Meinung haben sie sich im Laufe der Debatte schon gebildet: 68 Prozent der Schüler und Studenten sind laut einer aktuellen Gallup-Umfrage im Auftrag der Tageszeitung „Österreich“ für ein Ende der Wehrpflicht. Verübeln kann man ihnen das nicht. Immerhin geht es um sechs Monate wertvolle Lebenszeit, die sie, statt mit Kasernenhofkehren oder Chauffeurdiensten, mit sinnvollen Tätigkeiten zubringen könnten. „Junge Männer werden Monate ihres Lebens zu oftmals sinnlosen Tätigkeiten zwangsverpflichtet. Das empfindet die Mehrheit der Jungen zurecht als Pflanzerei“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Für die Jugend

Die Vorteile für Österreichs Jugend liegen auf der Hand: Fällt die Wehrpflicht, kann ein halbes Jahr früher mit einer Arbeit oder mit einer weiterführenden Ausbil-

dung begonnen werden. Das sieht auch der Jugendvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen Christoph Peschek so: „Wir müssen endlich aufhören, Jugendlichen wertvolle Lebenszeit zu stehlen. Je früher sie ihre Ausbildung abschließen und ins Berufsleben einsteigen können, umso schneller

PRESSESTIMMEN

DER STANDARD

Das ständige Jammern (der ÖVP, Anm.), wonach man erst ein gemeinsames Sicherheitskonzept brauche, ist nichts anderes als der Offenbarungseid der Ratlosigkeit. Die Bedrohungslage ist klar, die Anforderungen an ein modernes Bundesheer sind es auch. Jetzt stellt sich die Frage, wie man das System umstellt.

Diese Debatte ist zu führen. Und die SPÖ tut das längst. Verteidigungsminister Norbert Darabos hat sehr konkrete Modelle und sehr konkrete Berechnungen dazu vorgelegt.

Michael Völker, „Der Standard“, 5. 2.11

ÖSTERREICH

Die Wehrpflicht ist heute europaweit nicht mehr haltbar – sie wird von Schweden bis Deutschland abgeschafft oder ausgesetzt. Das durch die EU (hoffentlich) garantierte Friedens-Szenario macht es überflüssig, allen 18-Jährigen ein Jahr ihres Lebens für „Kriegsspielen“ zu stehlen.

Ein wirklich attraktives Freiwilligen-Heer bietet die Chance zu einer echten Heeres-Reform. Welcher Teufel die ÖVP reitet, nun frontal gegen die Heeresreform der eigenen Regierung anzukämpfen, ist mir völlig schleierhaft.

Wolfgang Fellner, „Österreich“, 26. 1.11

SOZIALES

Spitzenreiter bei Freiwilligenengagement

43 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher engagieren sich ehrenamtlich. Um Freiwillige EU-weit vor den Vorhang zu holen und ihnen zu danken, wurde 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt.

„Freiwilligenarbeit baut Brücken zwischen allen gesellschaftlichen Schichten. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit soll Anerkennung bringen und Interesse bei jenen wecken, die sich noch nicht engagieren.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Drei Millionen Österreicher stellen ihre Arbeitsleistung für das Wohl anderer zur Verfügung und arbeiten umgerechnet 15 Millionen Stunden pro Woche unentgeltlich. Damit zählt Österreich zu den Besten, was die Freiwilligenarbeit betrifft. „Viele Leistungen und Angebote, die wir in unserem Land als selbstverständlich betrachten, sind ohne diese ehrenamtliche Arbeit nicht möglich. Für das ehrenamtliche Engagement so vieler



Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit wurde von Bundespräsident Heinz Fischer, Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Sozialminister Rudolf Hundstorfer in Salzburg offiziell eröffnet.

muss man auch als Staat ein wirklich großes Dankeschön aussprechen“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Freiwillige leisten wertvolle Arbeit

Um gute Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu schaffen, wurde ein nationales Arbeitsprogramm ausgearbeitet. Dessen Ziele sind u.a. die Schaffung eines Freiwilligengesetzes, die Präsentation

und Vernetzung von Freiwilligenorganisationen und vor allem auch die öffentliche Anerkennung der unschätzbar wertvollen Arbeit der Freiwilligen.

Auch SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner bekräftigt, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher von allen Europäern am häufigsten ehrenamtlich engagieren: „In Europa arbeiten ca. 22 bis 24 Prozent der Menschen ehrenamtlich. Österreich übertrifft das fast um das Doppelte.“ ♦

WEBTIPP

Alle Informationen und Veranstaltungen zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit sind auf www.freiwilligenweb.at abrufbar.

WIRTSCHAFT

Finanzmärkte stärker an die Leine nehmen

Der Wildwuchs auf den Finanzmärkten war eine Ursache für die Wirtschaftskrise. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist deshalb klar: Es braucht mehr Kontrolle.

Österreich hat die Krise gut bewältigt, jetzt gilt es aber, die Lehren daraus auch für die Finanzmärkte zu ziehen. SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder will deshalb noch heuer erreichen, dass bei der Regulierung der Finanzmärkte weiter Fortschritte gemacht werden – in Österreich und auf Ebene der EU. Rating-Agenturen sind nicht grundlos im Zuge der Wirtschaftskrise in Kritik gekommen, sondern, weil sie oft unrealistisch gute Ratings vergeben und so Risiko angeheizt hatten. Schieder drängt deshalb auf eine Regulierung dieser Agenturen auf EU-

Ebene. Auch die Finanztransaktionssteuer ist in der EU nicht vom Tisch, ist Schieder überzeugt. Österreich wird dieses Thema in der EU jedenfalls weiter vorantreiben.

Auf nationaler Ebene fordert der Finanzstaatssekretär ein eigenes Banken-Insolvenzrecht. Damit könnte man frühzeitig definieren, welche Teile einer Bank „systemrelevant“ sind und welche Teile auch betriebswirtschaftlich in Konkurs gehen könnten. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) will Schieder mit schärferen Waffen ausstatten. Schieders Plan: Die FMA soll die Verhängung von Strafen künftig öffentlich

machen, ebenso wie kritische Stellungnahmen. Auch die Strafen selbst sollen höher werden. ♦



Zimmer

„2011 muss das Jahr der Regulierung der Finanzmärkte werden“, so Staatssekretär Andreas Schieder.

BILDUNG

Mehr Qualität durch neue Berufsreifeprüfung

Ab 2016 sorgt die neue Berufsreifeprüfung für mehr Vergleichbarkeit und Transparenz – das bedeutet mehr Qualität und faire Bildungschancen.



Rund 2.600 Personen legen jährlich die Berufsreifeprüfung ab. Bildungsministerin Claudia Schmied sorgt hier mit einer Reform für faire Bildungschancen.

Bildungsministerin Claudia Schmied setzt ihre Offensive für bessere Bildung entschlossen fort. Zu den

zahlreichen erfolgreichen Maßnahmen wie der Neuen Mittelschule, den kleineren Klassen, der neuen Matura an AHS und BHS, den Bildungsstandards oder der Ausweitung der Deutschsprachförderkurse gesellt sich jetzt auch die Reform der Berufsreifeprüfung, die vor kurzem den Ministerrat passierte. Ab 2016 kommt die standardisierte, kompetenzorientierte Berufsreifeprüfung, die viele Vorteile hat: Einheitliche Beurteilungskriterien sowie Vergleichbarkeit und Transparenz von Leistungen bringen „mehr Qualität und faire Bildungschancen“, erklärte Ministerin Schmied.

Einheitliche Grundkompetenzen – Verbesserte Durchlässigkeit

Künftig werden die schriftlichen, allgemeinbildenden Teilprüfungen der Berufsreifeprüfung österreichweit standardisiert an einem Tag stattfinden. In den Fächern Deutsch, Mathematik sowie in einer lebenden Fremdsprache gibt es identische Aufgabenstellungen und Korrekturanleitungen. Durch die Neuregelung werden einheitliche Grundkompetenzen für alle Maturantinnen und Maturanten definiert sowie Objektivität und Gerechtigkeit erzielt. Verbessert wird auch die Durchlässigkeit: Künftig werden facheinschlägige Teile von Studienberechtigungsprüfungen für die Matura anerkannt. ♦

GEMEINSAME OBSORGE

Jeden Einzelfall genau prüfen

Künftig soll auch nur ein Elternteil die gemeinsame Obsorge beantragen können. Dabei muss jedoch jeder Fall genau geprüft werden. Die automatische gemeinsame Obsorge ist damit endgültig vom Tisch.

Ich bewege mich auf die Väter zu und sage: Ja, auch ein Elternteil soll die gemeinsame Obsorge beantragen können. Aber nicht ohne Wenn und Aber“, betont Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die damit auf das aktuelle Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) reagiert. Dieses verlangt, dass ein Elternteil die gemeinsame Obsorge einseitig beantragen kann. Es macht aber auch deutlich, betont Heinisch-Hosek, dass dabei jeder Fall einzeln zu beurteilen ist und zwar nach ganz bestimmten, klar definierten Kriterien. „Damit ist die automatische gemeinsame Obsorge für mich endgültig vom Tisch“, unterstreicht die Frauenministerin. Bei Sorgerechtsstreits zwischen Eltern



In Zukunft könnten Väter auch ohne Zustimmung der Mutter einen Antrag auf gemeinsame Obsorge stellen.

muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen. Für die Frauenministerin ist wichtig, dass sich der Elternteil, der das Sorge-

Autor recht beantragt, bewährt und gewisse Bedingungen erfüllt haben muss, um die gemeinsame Obsorge zu erhalten. „Das Wichtigste ist, dass die Familienrichter jeden Fall genau prüfen“, sagt auch SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Das Argument, dass die Justiz damit überlastet sei, lässt sie nicht gelten. Die individuelle Beurteilung sei oberste Pflicht. Die Entscheidung für eine gemeinsame Obsorge könnte dann zunächst in Form einer Probezeit erfolgen, so die Idee der Frauenministerin. Sie betrachtet das EGMR-Urteil als gute Basis für weitere Gespräche. „Diesen Schub von außen sollten wir jetzt nützen, um einen großen Schritt voranzukommen“, betont die Frauenministerin. ♦

Kreiskys Vollbeschäftigungsdogma

Untrennbar verbunden mit dem Vermächtnis Bruno Kreiskys ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung.



Archiv Zukunft

Bruno Kreisky kam es auf jeden Arbeitsplatz an
(im Bild mit ÖBB-Mitarbeitern in Linz, 1983).

„Arbeitslosigkeit ist die Geißel der demokratischen Gesellschaft.“

Bruno Kreisky, 1989

Die Arbeitslosigkeit ist nach der Friedenserhaltung das größte Problem der Welt“, brachte es Kreisky bei der Vorstellung der Kommission für Beschäftigungsfragen auf den Punkt. Im Mai 1985 waren Vertreter des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit dem Ersuchen an den ehemaligen Bundeskanzler herangetreten, er möge den Vorsitz dieser Kommission übernehmen. Das Angebot kam Kreisky nicht ungelegen, denn er wollte die internationale öffentliche Wahrnehmung seiner Person nicht nur auf die Außenpolitik fokussiert wissen. Trotzdem zögerte Kreisky aufgrund seiner angegriffenen Konstitution, die neue Herausforderung anzunehmen. Doch dann stimmte er zu – nicht zuletzt aufgrund der Ermutigungen und spontanen Zusicherung der Mitarbeit von politischen Größen wie dem französischen Premierminister Michel Rocard sowie wissenschaftlichen Koryphäen wie dem Harvard-Professor John Kenneth Galbraith.

Die neue Funktion bot Kreisky die Möglichkeit, seinen gesamten politischen Erfahrungsschatz sowie sein Wissen um historische Zusammenhänge einzubringen – etwa das Wissen über die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Faschismus. „Die Jugendarbeitslosigkeit war für ihn das größte Problem. In der Jugendarbeitslosigkeit sah er eine politische Gefahr, nämlich den Radikalismus“, so der spätere finnische Ministerpräsident Paa-vo Lipponen, der ein Mitarbeiter Kreiskys in der Kommission war.

Der spezifische Weg der Ära Kreisky, gekennzeichnet durch einem „Policy-Mix“ unter dem Stichwort „Austro-Keynesianismus“, stellte die beste Empfehlung für die Leitung der Kommission dar. Die Zahlen sprechen für sich. Während es 1973 in Österreich eine Arbeitslosenquote von 1,2 Prozent gab und im OECD-Europa von 3,5 Prozent, wurde die Differenz 1979 deutlicher: nämlich 2 Prozent in Österreich gegenüber 6,2 Prozent in Europa. 1983, im letzten Jahr der Regierung Kreisky, weist Österreich etwas mehr als drei Prozent Arbeitslose auf, während das übrige Europa mit der Tatsache von mehr als 10 Prozent Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. „Womög-

lich noch signifikanter: Kreiskys Vollbeschäftigungsdogma bewirkte einen gleichsam strukturellen Langfristeffekt: In kaum einem anderen Land ist seit jener angeblichen Schuldenpolitik die Sockelarbeitslosigkeit so niedrig geblieben wie in Österreich“, konstatieren Margaretha Kopeining und Wolfgang Petritsch in ihrem Buch „Das Kreisky-Prinzip“. Tatsächlich lagen die Staatsschulden Österreichs in der gesamten Kreisky-Ära unter dem EU-Niveau.

Ungebrochene Aktualität

„Der Bericht von Bruno Kreiskys Kommission für europäische Beschäftigungsfragen ist im Lichte der Herausforderungen der heutigen Zeit aktueller denn je“, ist Paa-vo Lipponen überzeugt. Die politische Botschaft der Kommission für Beschäftigungsfragen, der sogenannten Kreisky-Kommission, lautete, dass es durchaus möglich ist, die Arbeitslosigkeit in Europa zu halbieren, wenn Regierungen und Sozialpartner enger zusammenarbeiten. Kreisky sagte auch deutlich, dass viele Probleme nur mehr gemeinsam auf europäischer Ebene zu lösen seien, dass ein Schwerpunkt auf Investitionen in Technologie und Innovation gelegt werden müsse und er forderte eine wirksame Umweltpolitik ein – auch weil er hier gute Chancen für neue Arbeitsplätze sah.

Die Ergebnisse der Kommission für Beschäftigungsfragen wurden 1989 in dem Buch „20 Millionen suchen Arbeit“ präsentiert. Die wesentlichen Inhalte flossen in das Weißbuch über Beschäftigung unter EU-Kommissionspräsident Jacques Delors ein. Selbst die Lissabon Strategie ist auf Erkenntnissen der Kreisky-Kommission aufgebaut. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Der Austro-Keynesianismus

Autobiographie

Thomas Bernhard

Anlässlich seines 80. Geburtstag erschien die Sammlung der autobiographischen Schriften Thomas Bernhards in 3. Auflage.

Bernhards autobiographische Erzählungen zählen zu den wichtigsten Werken, die der Autor verfasst hat. Marcel Reich-Ranicki sah diese Texte sogar als sein reichstes und reifstes Werk. Die Zusammenstellung umfasst „Die Ursache“, „Der Keller“, „Der Atem“, „Die Kälte“ und „Ein Kind“. Auf 578 Seiten sind diese Werke hier in einem Band verfügbar. In den fünf Erzählungen befasst sich Bernhard mit seiner Kindheit, seiner Zeit im Salzburger Internat, seiner Lehr- und Studienzeit, sowie seiner schweren Krank-

heit und der Isolation in der Lungenheilanstalt. Für alle, die einen Zugang zu Bernhards Werk finden möchten, oder diese frühen Erzählungen noch nicht gelesen haben, ist dieser Band sehr zu empfehlen. Wohl kein Autor hat mit seinem Werk so sehr den Nerv der Zeit getroffen und für größere Aufregung in der österreichischen Theater- und Kulturlandschaft gesorgt. Die Lektüre lohnt sich aber nicht nur deswegen, sondern auch wegen des unnachahmlichen Sprachschicks Bernhards. ◆

Wirtschaftsgeschichte

Sowjetische Mineralölverwaltung

Die österreichische Erdölwirtschaft von 1945 bis 1955, die schließlich zur Entstehung der OMV führte, ist Thema dieses Buches.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war Österreich eines der wichtigsten Ölländer in Europa. Während der NS-Zeit wurde die Förderung im Zuge der Aufrüstung ständig vergrößert, sodass Österreich neben Rumänien und der Sowjetunion über eines der größten Erdölvorkommen Europas verfügte. 1945 wurde die österreichische Erdölindustrie als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt und der Sowjetischen Mineralölverwaltung, kurz SMV, einverleibt. Die Bedeutung und Entwicklung der SMV

ist bis heute kaum aufgearbeitet, obwohl sie ein großer außen- und innenpolitischer Zankapfel war. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 ging das zuvor beschlagnahmte Eigentum wieder an Österreich. Das Buch thematisiert als Vorgeschichte die österreichische Erdölwirtschaft vor 1945, die sowjetische Verwaltung bis von 1945-1955 und schließlich den Weg bis zur Entstehung eines der wichtigsten österreichischen Unternehmen, der OMV. ◆

Biografie

Vor uns liegen wunderbare Tage

Die Biografie über Olof Palme stellt das Leben des großen schwedischen Sozialdemokraten in allen Facetten dar.

Olof Palme prägte sein Land wie kein Zweiter. Er gilt als Architekt des modernen Schweden, der sowohl polarisierte als auch Bewunderung hervorrief. Als Figur der Nachkriegssozialdemokratie ist er mit Größen wie Bruno Kreisky und Willy Brandt vergleichbar, mit denen er befreundet war. In der gründlich recherchierten Biografie lässt der Autor Palme als Mensch und Politiker wieder auferstehen, ohne die Zeit, in der er wirkte, zu vernachlässigen. Seine Idee eines modernen Staates wird

genauso dargestellt, wie die vielen Einflüsse, die ihn prägten und die ihn schließlich die schwedische Gesellschaft prägen ließen. Henrik Berggrens Biografie bleibt dabei nicht nur auf die Person Palme zentriert, sondern befasst sich auch mit den kulturellen Debatten der Zeit, was zu einer umfangreichen und interessanten Darstellung von Palmes Leben und darüber hinaus zu einer Darstellung des politischen und kulturellen Klimas dieser Zeit führt. ◆

☐ Stk.


Thomas Bernhard:
Die Autobiographie.
Residenz Verlag,
St. Pölten 2011;
578 S., 25,00 €

☐ Stk.


Walter M. Iber:
Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich.
Studienverlag, Innsbruck 2011;
312 S., 34,90 €

☐ Stk.


Henrik Berggren:
Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage.
btb Verlag, München 2011;
720 S., 27,80 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Topstandort für Unternehmen



Wien ist für viele internationale Unternehmen durch seine Drehscheibenfunktion für Mittel- und Osteuropa attraktiv.



113 internationale Unternehmen siedelten sich im vergangenen Jahr in der Bundeshauptstadt an und schafften rund 600 neue

Arbeitsplätze.

„Die Unternehmen entscheiden sich für Wien aufgrund der hohen internationalen

Attraktivität des Standorts“, erläutert Finanz- und Wirtschaftsstadträtin, Vizebürgermeisterin Renate Brauner die positive Bilanz. Unternehmen profitieren in Wien von der guten Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, von der modernen Infrastruktur, vom wissenschaftlichen Know-how und der hohen Rechtssicherheit. Ein weiterer Grund liegt in der Drehscheibenfunktion des Standortes für Mittel- und Osteuropa. „Nicht zuletzt kann Wien mit der höchsten Lebensqualität weltweit punkten“, so Brauner weiter.

5.400 Arbeitsplätze seit 2004

Der Wirtschaftsagentur Wien ist es gemeinsam mit der Bundes-Ansiedlungs-

agentur „ABA-Invest in Austria“ gelungen, die Neuansiedelung von internationalen Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent zu steigern. „Wien hat es in den letzten Jahren erfolgreich geschafft, in seine Stärkefelder zu investieren. Die große Zahl an Ansiedlungen im IKT-Bereich bestätigt die Strategie der Stadt Wien“, so Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien. Die meisten der angesiedelten Unternehmen kommen 2010 wieder aus Deutschland: Insgesamt waren es 39. Auch das Interesse von Unternehmen aus Mittel- und Osteuropa ist ungebrochen – 30 Neuansiedlungen konnten hier verzeichnet werden. Seit 2004 haben Wirtschaftsagentur Wien und ABA rund 650 internationale Unternehmen in Wien angesiedelt. Dadurch konnten über 5.400 neue Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen von rund 470 Millionen Euro ausgelöst werden. ♦

TIROL

Würdigung eines großen Demokraten und Widerstandskämpfers



Späte Ehre für einen großen Tiroler und Sozialdemokraten: Hubert Mayr wurde posthum das Befreiungs-Ehrenzeichen verliehen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Hannes Gschwentner überreichte vor kurzem eine besondere Auszeichnung: Nämlich das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs posthum an Hubert Mayr (1913-1945). Beim Festakt betonte Gschwentner, dass „Hubert Mayer für sozialdemokratische Werte, die heute noch Gültigkeit haben und für ein freies, demokratisches Österreich steht“. Hubert Mayr war Mitglied des Schutzbundes, kämpfte im Widerstand gegen den Austrofaschismus und baute in Tirol eine Widerstandsgruppe gegen die Nazis auf. ♦



LH-Stv. Gschwentner bei der Übergabe des Befreiungs-Ehrenzeichens an Hans Mayr, den Bruder des verstorbenen Widerstandskämpfers Hubert Mayr.

STEIERMARK

2.270 Menschen mit Behinderung im Landesdienst



Die Steiermark ist Spitzenreiter, was Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung betrifft. Das Land hat die Behinderteneinstellungsquote zu 75 Prozent übererfüllt.

„Das Land Steiermark soll Vorbild sein, damit Unternehmen vermehrt Menschen mit einer Behinderung einstellen“, so der steirische Soziallandesrat LH-Stv. Siegfried Schrittwieser. Laut Behinderteneinstellungsgesetz sind 1.325 Pflichtstellen im steirischen Landesdienst für Menschen mit Behinderung vorgeschrieben. Die Steiermark übertrifft diese Zahl gleich um rund 1.000 zusätzliche Behindertenarbeitsplätze. Außerdem bildet das Land behinderte Menschen verstärkt zu Lehrlingen aus. „Ziel unserer gemeinsamen Anstrengungen muss es sein, dass Menschen mit Beeinträchtigung ein Leben führen können wie du und ich. Diese Bemühungen sind eine Aufgabe der gesamten Landesregierung“, betont Schrittwieser. ♦

Neben der beruflichen Eingliederung kümmert sich das Land Steiermark auch um die Frühförderung behinderter Menschen und behinderten-gerechte Wohnungen.



SPÖ BUNDESFRAUEN

Erinnerung an Österreichs Galionsfigur des Feminismus



Zahlreiche Gäste folgten der Einladung der SPÖ Bundesfrauen. BFG Andrea Mautz im Gespräch.



Zimmer
Hosek, Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Verkehrsministerin Doris Bures sowie zahlreiche Wegbegleiterinnen Dohnals aus Kunst und Medien.

Vorbild für Mut und Entschlossenheit

Johanna Dohnal habe sich stets für die berufliche Gleichstellung der Frau eingesetzt, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Hier sei man durch mehr Einkommenstransparenz inzwischen einen entscheidenden Schritt weiter gekommen. „Es ist jedoch noch viel zu tun, bis die Forderung des ersten Frauentages ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ tatsächlich umgesetzt ist“, so Heinisch-Hosek, die dafür plädierte, nach Dohnals Vorbild „mit Mut und Entschlossenheit“ dafür einzutreten, dass mehr Frauen in Führungsetagen aufsteigen. ♦



Mit einer großen Gedenkveranstaltung ehrten die SPÖ Bundesfrauen Österreichs erste Frauenministerin Johanna Dohnal, die am 14. Februar 72 Jahre alt geworden wäre.

Kaum eine Politikerin prägte die österreichische Frauenpolitik so nachhaltig wie die Sozialdemokratin Johanna Dohnal, Staatssekretärin unter Bundeskanzler

Bruno Kreisky und ab 1990 erste Frauenministerin Österreichs. Die SPÖ Bundesfrauen und ihre Geschäftsführerin Andrea Mautz luden zur Gedenkveranstaltung mit buntem Programm, das mit Lesung, Ausstellung, Musik und Gesprächen Erinnerungen an Johanna Dohnal wieder aufleben ließ. Unter den zahlreich erschienenen Gästen befanden sich u.a. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Frauenministerin Gabriele Heinisch-

VORARLBERG

Top-Stimmung beim Kaffeekränzle



Das schon traditionelle Kaffeekränzle der SPÖ Frauen Bludenz war auch heuer wieder ein voller Erfolg.

Das Kaffeekränzle bereichert die Bludener Ballszene bereits seit sechs Jahrzehnten und gilt schon längst als beliebter Fixpunkt im Ballkalender. Und das völlig zu Recht: Denn das Organisationsteam bestehend aus Landesfrauenvorsitzender Olga Pircher, Landesfrauengeschäftsführerin Erna Zoller und Stadtfrauenvorsitzender Andrea Hopfgartner sorgte auch diesmal für eine rundum gelungene, gut besuchte Veranstaltung und Top-Stimmung. Zahlreiche Gäste, darunter u.a. Landesparteivorsitzender Michael Ritsch und SPÖ-Nationalratsabgeordneter Elmar Mayer, genossen Musik, Tanz und Tombola. ♦



SPÖ Frauen Vbg.

Beste Stimmung, bestens organisiert: Das Kaffeekränzle der SPÖ Frauen Bludenz. Im Bild: Olga Pircher und Elmar Mayer.

KÄRNTEN

Keine Radler-Maut: Dank SPÖ-Initiative



Die geplante Radfahrer-Maut auf dem Großglockner kommt nicht: Ein voller Erfolg für die SPÖ Kärnten.

Wäre es nach den Plänen der Großglockner Hochalpenstraßen AG gegangen, hätten Radfahrer für die Benutzung des bekannten Alpenpasses fünf Euro berappen müssen. Dass diese Abzocke jetzt nicht kommt, ist auch der SPÖ Kärnten zu verdanken, die sich – wie u.a. auch die SPÖ Salzburg und zahlreiche Hobbysportler – von Anfang an gegen die Bemaung ausgesprochen hat. SPÖ-Kärnten-Chef, LH-Stv. Peter Kaiser betonte: „Ich bin froh, dass der durch die SPÖ Kärnten erzeugte Druck die Verantwortlichen zur Vernunft gebracht hat. Die SPÖ Kärnten wird immer dafür eintreten, dass sportliche Betätigung im öffentlichen Raum frei bleiben muss.“ ♦



picturedesk

Die Radler-Maut für die Benützung der Großglockner Hochalpenstraße ist dank SPÖ-Kärnten-Initiative kein Thema mehr.



privat

Medienkompetenz fördern!

Facebook & Co haben sich in den vergangenen Jahren als fixer Bestandteil im Alltag von Kindern und Jugendlichen etabliert. Bereits 62 Prozent der 9- bis 16-Jährigen in Österreich haben ein Profil auf einem Sozialen Netzwerk.



Fotolia

„In Österreich ist Medienkompetenz als Zielgröße im Unterrichtsprinzip 'Medienerziehung' verankert. Eine wichtige Rahmenbedingung – es braucht aber mehr.“

Daher sind Eltern aufgefordert, sich aktiv mit dem Surfverhalten ihrer Kinder auseinander zu setzen und gerade die Jüngsten beim Einstieg in die Online-Welt zu unterstützen.

Aber auch der Schule kommt eine bedeutende Rolle zu: In Österreich ist Medienkompetenz als Zielgröße im Unterrichtsprinzip „Medienerziehung“ verankert. Eine wichtige Rahmenbedingung – es braucht aber mehr: Die Berücksichtigung des Themas in der Aus- und Weiterbildung von Lehrenden, eine stärkere Verankerung von digitalen Medien und der kompetente Umgang damit in den Lehrplänen und vor allem ganz konkret im Schulalltag. Aufgrund der Mediennutzung ist das auch bereits im Volksschulalter sinnvoll.

Saferinternet.at, die österreichische Informationsstelle für die sichere Nutzung von Internet, Handy & Co., bietet daher für Schulen kostenlose Unterrichtsmaterialien, Info-Videos, Quizzes, und einen österreichweiten Veranstaltungsservice an. Anlässlich des Safer Internet Day 2011 am 8. Februar wurde auch gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium der gesamte Februar zum Safer Internet-Aktionsmonat ausgerufen. Über 200 Schulen beteiligen sich mit kreativen Projekten rund um die sichere Internetnutzung. Mehr dazu: www.saferinternet.at. ♦

Bernhard Jungwirth ist Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für angewandte Telekommunikation (ÖIAT) und Experte für Sicherheit im Internet, Medienkompetenz, E-Learning und Evaluation. Er ist Projektleiter von Internet Ombudsmann, Saferinternet.at und Handywissen.at.

Notwendig ist eine noch stärkere Verankerung von digitalen Medien im Schulalltag.

Nicht nur in Freizeit und Schule spielt das Internet eine unverzichtbare Rolle, der kompetente Umgang mit digitalen Medien ist mittlerweile auch zur Voraussetzung für Erfolg am Arbeitsmarkt geworden. Für die politische Dimension von Sozialen Netzwerken liefern nicht nur der Umbruch in Ägypten und der Präsidentschaftswahlkampf Barack Obamas eindrucksvolle Beispiele.

Der kompetente Umgang mit digitalen Medien wird häufig als vierte Kulturtechnik bezeichnet. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern ist daher ein wichtiger Auftrag für Eltern und die Schule. Die EU-Kommission definiert Medienkompetenz als „die Fähigkeit, die Medien zu nutzen, die verschiedenen Aspekte der Medien und Medieninhalte zu verstehen und kritisch zu bewerten, sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren“.

Viele Erwachsene haben Bedenken, dass Kinder sich mit Facebook & Co. besser auskennen als sie selbst. Dabei übersehen sie, dass dies oft nur die technische Nutzungs-

kompetenz betrifft. Im Gegensatz dazu herrschen oft Defizite bei der kritischen Reflexion und Beurteilung von Risiken. Es geht unter anderem darum,

- ▶ die Vertrauenswürdigkeit von Online-Informationen zu erkennen: Was ist glaubwürdig?
- ▶ sich aktiv um den eigenen Ruf im Netz zu kümmern, sowie eine digitale Identität bewusst aufzubauen und zu pflegen.
- ▶ die Konsequenzen des eigenen Handelns für andere abzuschätzen: Welche Folgen kann etwa die Veröffentlichung von nachteiligen Fotos im Internet für die abgebildeten Personen haben?
- ▶ Werbung zu erkennen, die nicht ausdrücklich gekennzeichnet ist.
- ▶ bei Online-Bekanntschaften kritisch zu hinterfragen, ob die Personen tatsächlich jene sind, als die sie sich ausgeben.
- ▶ zwischen „realer“ Sexualität und Pornographie zu unterscheiden.
- ▶ bei unangenehmen Erlebnissen adäquat reagieren zu können.

Offenlegung gem. MedienG

Bundesparteienvorstand:

Sonja ABLINGER, Josef ACKERL, Hannes BAUER, Gabriele BINDER-MAIER, Ana BLATNIK, Karl BLECHA, Renate BRAUNER, David BRENNER, Gabriele BURGSTALLER, Josef CAP, Norbert DARABOS, Christiana DOLEZAL, Verena DUNST, Kurt EDER, Werner FAYMANN, Erich FOGLAR, Sandra FRAUENBERGER, Katrin GAAL, Kurt GARTLEHNER, Elisabeth GROSSMANN, Stefanie GRUBICH, Hannes GSCHWENTNER, Hermann HANEDER, Johann HATZL, Michael HÄUPL, Hilde HAWLICEK, Gabriele HEINISCH-HOSEK, Anton HEINZL, Peter KAISER, Johann KALLIAUER, Wolfgang KATZIAN, Hermann KEPPLINGER, Günther KRÄUTER, Andrea KUNTZL, Josef LEITNER, Michael LUDWIG, Klaus LUGER, Juliane LUGSTEINER, Christoph MATZNETTER, Andrea MAUTZ, Elmar MAYER, Jürgen MICHLMAYR, Wolfgang MOITZI, Hans NIESSL, Christian OXONITSCH, Ernst PECHLANER, Otto PENDL, Olga PIRCHER, Barbara PRAMMER, Karin RENNER, Wolfgang RIEDLER, Michael RITSCH, Reinhart ROHR, Bernd ROSENBERGER, Laura RUDAS, Ewald SACHER, Heinz SCHADEN, Karin SCHEELE, Rosemarie SCHÖNPASS, Siegfried SCHRITTWIESER, Brigitte SCHWARZ, Iris SCHWARZENBACHER, Dwora STEIN, Hannes SWOBODA, Tina TAUß, Bettina VOLLATH, Elisabeth VONDRASEK, Franz VOVES, Sonja WEHSELY, Rainer WIMMER, Peter WITTMANN und Gisela WURM.

Grundlegende Richtung: „SPÖ Aktuell“ ist das Wochenmagazin der SPÖ. Grundlage für die Berichterstattung ist das Parteiprogramm 1998 der SPÖ.

TERMINKALENDER

Mittwoch, 23. 2.

Buchpräsentation mit Podiums- diskussion

„Bruno Kreisky in Ostberlin 1978 – Ein Besuch der besonderen Art“. Nach einer Begrüßung durch Hans Winkler (Direktor der Diplomatischen Akademie) und Ex-Finanzminister Ferdinand Lacina (Verein der Freunde der Stiftung Bruno Kreisky Archiv) wird das Buch vorgestellt. Anschließend diskutieren Friedrich Bauer (Botschafter i.R.) und Enrico Seewald (Politologe).

Anmeldung: www.da-vienna.ac.at/events oder Fax: 01/504 22 65

Beginn: 19.00 Uhr

Diplomatische Akademie,

Festsaal Favoritenstrasse 15a, 1040 Wien

Donnerstag, 24. 2.

Festveranstaltung

Die SPÖ Frauen und das Renner-Institut laden zur Festveranstaltung „100 Jahre Internationaler Frauentag“. Gemeinsam soll der Frage nachgegangen werden, wie die Verwirklichung von Chancengleichheit in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden kann. Nach einem Film zum 8. März diskutieren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die Filmemacherin Nina Kusturica, Angelika Reitzer (Schriftstellerin) und Deborah Sengl (Bildende Künstlerin). Elysha Fields wird zudem eine Musikperformance beibringen. Anmeldung: Johanna Kühbauer, Tel. 01/804 65 01-43 oder kuehbauer@renner-institut.at

Beginn: 18.30 Uhr

Renner-Institut, Europasaal,

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf 2, Oswaldgasse 69, 1120 Wien

Freitag, 25. 2.

Podiumsdiskussion

„Europa am Scheideweg: Kommt die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftsregierung?“ Zu diesem Thema diskutieren im Renner-Institut unter der Moderation von Christoph Matznetter (SPÖ-Wirtschaftssprecher) Ewald Nowotny (Gouverneur der Österreichischen Nationalbank), Marianne Kager (ehem. Chef-Ökonomin der BA-CA) und Hannes Swoboda (EU-Abgeordneter, SPÖ). Klaus Gretschnann (Generaldirektor für Binnenmarkt und Industriepolitik im Rat der EU) und Hans-Helmut Kotz (ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank) geben vor der Diskussion Impulsstatements ab.

Dauer: 12.30 bis 15.30 Uhr

Renner-Institut, Europasaal,

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf 2, Oswaldgasse 69, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Ingo Höllinger,

Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Martin Oppenauer,

Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk (2),

Bundesheer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.100jahrefrauentag.at

Vernetzungsplattform zum 100. Frauentag

Um die vielen Aktivitäten rund um den 100. Frauentag zu vernetzen wurde eine Online-Plattform ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Wir kommen so weit wir gehen“ werden ein historischer Überblick, Photos und Stimmen wichtiger Frauenpolitikerinnen geboten. Das Herzstück der Homepage ist der Veranstaltungskalender. Dieser soll Frauenorganisationen die Möglichkeit bieten, ihre Aktivitäten und

Termine einzutragen und sich über die Veranstaltungen rund um diesen wichtigen Tag zu informieren. 100 Vereine und Initiativen sind diesem Aufruf bereits gefolgt und täglich werden es mehr. All jene, die ihre Veranstaltungen zum Frauentag auch veröffentlichen wollen, sind eingeladen, an frauentag@bka.gv.at zu schreiben – der Eintrag wird umgehend online gestellt. ♦





Die Haiti-Hilfe ...

... stand im Mittelpunkt eines Abends zu Ehren des Schauspielers Sean Penn, der eine Haiti-Hilfsorganisation gegründet hat. Bundeskanzler Werner Faymann betonte: „Ich bin gekommen, um Sean Penn und seinen österreichischen Partnern Danke zu sagen.“ Im Bild: Die Musicalsänger Marjan Shaki und Lukas Perman.

Ein Jubiläumstreffen ...

... fand anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Visegrád-Abkommens Bratislava statt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán unterstrich Bundeskanzler Werner Faymann Österreichs ablehnende Haltung gegenüber Atomenergie.



Ein Besuch ...

... des OMV-Standes Gänserndorf stand vor kurzem auf dem Programm von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Die Ministerin ließ sich vor allem über frauenspezifische Themen (z.B. junge Frauen in der Technik) informieren.



Eine Sonderausstellung ...

... im Naturhistorischen Museum Wien (NHM) eröffnete Bundesministerin Claudia Schmied (im Bild mit NHM-Direktor Christian Köberl). Die Ausstellung „Wege des Wissens – Forschung am Naturhistorischen Museum“ soll den Museumsbesuchern die wichtige Arbeit der im NHM beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler näherbringen.